

Der Textilarbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereintigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Schütz, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5388.

Inhalt: Redaktionschluss betreffend. — Notwendige Aenderung der Reichsversicherungsordnung (I). — Dringliche Forderungen der arbeitenden Frauen an die soziale Gesetzgebung. — Gegen die Stilllegung der Textilbetriebe in Sorau. — Altes Eisen und die Stiderei-Industrie nach dem Kriege. — Stadt und Land. — Der Rationalismus der englischen Gewerkschaften. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1916. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Zur Ernährungsfrage. — Berichte aus Fachreisen. — Verbandsanzeigen.

Redaktionschluss betreffend.

Wegen Kohlenmangels sind wir gezwungen, Sonnabends unser Bureau geschlossen zu halten. Da wir die Redaktion für die jeweils fällig werdende Nummer stets am Montag früh schließen müssen, so muß das Blatt redaktionell schon am Freitag ziemlich fertiggestellt werden. Das ist in wünschbarer Weise nur möglich, wenn alle für das Blatt bestimmten Beiträge stets bis spätestens Freitag in unseren Händen sind, wonach sich die Kollegen allerorts gefälligst richten wollen.

Für die Nummer 52 (Weihnachtsnummer) und 1 (Neujahrsnummer) wird, wenn ein rechtzeitiger Versand des Blattes ermöglicht werden soll, der Redaktionschluss unbedingt am Freitag erfolgen müssen.

Die Redaktion und Expedition.

Notwendige Aenderung der Reichsversicherungsordnung.

Von Karl Schöller-Hof.

I.

Das Bevölkerungsproblem, das der mörderische Krieg als wichtiger Faktor für die fernere Gestaltung des Staatswesens in den Vordergrund rückt, kann nur in einer entsprechenden Aenderung der Reichsversicherungsordnung unter Anlehnung an die damaligen Vorschläge gelöst werden. Die starren Gegensätze, welche sich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung zwischen der Regierung und den Arbeitnehmervertretern ergaben, müssen im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik von der Regierung fallen gelassen werden.

Auf dem letzten Deutschen Ortskrankentag haben zwei Redner, Dr. Mayer-Franenthal und Dr. Baum-Berlin, in energischer Weise für die feinerzeitigen Forderungen der Arbeitererschaft Propaganda gemacht.

Das Bevölkerungsproblem, das der mörderische Krieg als wichtiger Faktor für die fernere Gestaltung des Staatswesens in den Vordergrund rückt, kann nur in einer entsprechenden Aenderung der Reichsversicherungsordnung unter Anlehnung an die damaligen Vorschläge gelöst werden. Die starren Gegensätze, welche sich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung zwischen der Regierung und den Arbeitnehmervertretern ergaben, müssen im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik von der Regierung fallen gelassen werden. Die entsprechende Aenderung der Reichsversicherungsordnung muß eine der ersten und hauptsächlichsten Aufgaben der Gesetzgebung der kommenden Zeit sein.

Die meisten Aenderungen werden beim 2. Buche der Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) nötig sein. Die durch Bundesratsbeschluss geschaffene „Kriegswochenhilfe“ muß in die allgemeine Mutterschaftsversicherung umgestaltet werden, und zwar als Regelleistung von der Krankenkasse. Es muß als Regelleistung von der Krankenkasse gewährt werden:

1. ein Entbindungsgeld, mindestens 20 Mk.,
2. ein Wochenlohn in der Höhe des Krankengeldes für 8 Wochen,
3. Stillgeld für 12 Wochen, täglich mindestens 1 Mk.,
4. ärztliche Hilfe bei der Entbindung.

Als Mehrleistungen können gewährt werden:

1. Erhöhung des Wochenlohn bis zu drei Viertel des Grundlohnes,
2. Erhöhung des Stillgeldes auf 1,50 Mk. auf die Dauer von 20 Wochen,
3. Weiter können Zuschüsse zur Verpflegung gewährt werden.

Naturngemäß müssen die Regelleistungen auch auf die nicht versicherten Ehefrauen ausgedehnt werden. Die §§ 179, 196, 197, 198, 199, 200 der Reichsversicherungsordnung sind dementsprechend abzuändern.

Die wirtschaftliche Verschlechterung weiter Volkskreise bedingt eine Ausdehnung der Versicherungspflicht und der Versicherungsberechnung, die §§ 165, 176, 180 der Reichsversicherungsordnung sind abzuändern. Bei der Versicherungspflicht muß das Einkommen mindestens 4000 Mk., bei der Versiche-

rungs berechtigung mindestens 6000 Mk. betragen.

Schwere gesundheitliche Störungen werden sich bei einem großen Teil der Versicherten im Laufe der Zeit bemerkbar machen. Die Folgen der Ernährungsweise während der Kriegszeit, die aber auch eine ziemlich Spanne Zeit nach dem Kriege noch anhalten werden, zeitigen Krankheiten, die energisch bekämpft werden müssen. Aber auch die Kriegsteilnehmer bringen Krankheiten mit, die erst nach geraumer Zeit zum Ausbruch kommen werden. Die Arbeitskraft ist nach dem Kriege doppelt wertvoll, deshalb muß Vorsorge getroffen werden, daß eventuelle Störungen des Arbeitsprozesses möglichst vermieden werden. Bei Erkrankungsfällen reicht das Krankengeld, in den weitaus meisten Fällen 50 Proz. des Grundlohnes, nicht aus, die verlorenen Körperkräfte wieder zu erlangen. Die Krankenkassen müssen mindestens vier Fünftel des Grundlohnes als Krankengeld gewähren. Desgleichen ist die Unterstützungsdauer entsprechend hinaufzusetzen. § 182 der Reichsversicherungsordnung ist in diesem Sinne abzuändern.

Derartige Anforderungen stellen naturgemäß die Krankenkassen auf eine schwere Belastungsprobe, aber die Krankenkassen werden und müssen derartigen Neuerungen Rechnung tragen; aller Kleinmut muß verschwinden, nur das große Ziel, für das Wohl der Versicherten zu wirken, ist maßgebend. Eine Erhöhung der Beiträge oder das Belassen der Erhöhung, wie es von einzelnen Klassen schon seit Ausbruch des Krieges erfolgte, wird bleiben. Am zweckmäßigsten wäre die Konzentration der Krankenkassen, die 3000- und kleineren Betriebskrankenkassen bis zu 3000 Mitgliedern müssen aufgelöst werden. Die Zwerggebilde werden niemals den großzügigen Bestrebungen der zukünftigen Sozialpolitik Rechnung tragen können. Es zeigt sich heute schon, welche großen Vorteile die großen Ortskrankenkassen für die Versicherten bieten. Deshalb darf nicht gezögert werden, es muß durch Gesetz zum Ausdruck kommen, was notwendig ist, um die Fragen der Zukunft zu lösen.

Auch das Selbstbestimmungsrecht der Krankenkassen muß ausgebaut werden. Die alten vorfindlichen Anschauungen, daß die Ortskrankenkassen „Sinekuren“ für sozialdemokratische Agitatoren bilden, können nicht bewiesen werden. Es ist der Nachweis erbracht, daß die Ortskrankenkassen unter dem Einfluß der Selbstverwaltung groß geworden sind und Vorteile für die Versicherten gebracht haben, deshalb halbfertig mit dem Vorurteil, zum Nutzen der Versicherten. Wir werden in weiteren Betrachtungen zeigen, welchen Weg die Sozialgesetzgebung gehen muß, um den Versicherten Rechnung zu tragen.

Dringliche Forderungen der arbeitenden Frauen an die soziale Gesetzgebung.

Je mehr die fortschreitende Entwicklung das Eindringen der weiblichen Bevölkerung, besonders das der verheirateten Frauen, in das Erwerbsleben begünstigt, um so notwendiger wird die Erweiterung des Arbeiterinnenrechtes und der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Bedeutet doch die durch die Not des Krieges gebotene vorübergehende Außerkräftsetzung des Arbeiterinnenrechtes eine noch nicht annähernd zu ermessende schwere Schädigung der Gesundheit der arbeitenden Frauen und Mädchen, des Nachwuchses der Arbeiterklasse und der gesamten Volkskraft.

Kann die Gesellschaft auf die Arbeit der Frauen und Mütter nicht verzichten, so hat sie auch die Pflicht, Einrichtungen zu schaffen, die den Arbeiterinnen durch Befreiung der jetzt vorhandenen Hemmnisse das Arbeitsverhältnis erleichtern. Auch muß die Arbeiterin einen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden auskömmlichen Lohn erhalten. Ihre Arbeitskraft, das einzige Kapital, welches sie besitzt, muß sie nutzbringend verwerten und möglichst lange zu erhalten bestrebt sein. Durch ihre Berufsorganisation, die für gleiche Leistungen gleiche Löhne fordert, gewinnt sie einen bestimmenden Einfluß auf den Arbeitslohn und auf die Arbeitszeit, die entsprechend der fortschreitenden technischen Entwicklung und des persönlichen Bedürfnisses der Arbeiterinnen festzusetzen ist und zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft wesentlich beiträgt. Es gehört zu den Aufgaben der politischen Organisation der Arbeiterklasse, verkörpert durch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag, die Arbeitszeit der Arbeiterinnen entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeitererschaft auf das denkbar niedrigste Maß durch Gesetz festzusetzen. Je kürzer die Arbeitszeit, je länger die Verwertung der Arbeitskraft, je länger die Lebensdauer der Arbeiterin!

Die nächsten dringlichen Aufgaben zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung müssen deshalb sein: für die Arbeiterinnen aller Industrien einschließlich der Heimarbeiterinnen und aller weiblichen Angestellten eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden, wöchentlich 44 Stunden, unter Freigabe des Sonnabendnachmittags und gesetzliches Verbot aller Ueberstunden. Eine mindestens zehnwöchige Schutzfrist für Wöchnerinnen, Verbot der Arbeit für Arbeiterinnen in allen gesundheitschädigenden Betrieben, Verbot aller Nacht- und Sonntagsarbeit, wie es vor dem Kriege durch die Gewerbeordnung festgelegt war. Ferner ein weiterer Ausbau und völliges Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes zum Schutze der Heimarbeiterinnen, Ausbau der Gewerbeaufsicht mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinnen bei der Ausübung der Gewerbeaufsicht; Einführung von Arbeitskammern als Schiedsinstanz bei Lohnfestsetzungen, zu welchen den Arbeiterinnen das Wahlrecht gegeben werden müßte, und Einführung einer staatlichen Arbeitslosenfürsorge, um die Arbeiterin gegen die Wechselfälle im Arbeitsverhältnis zu schützen.

Als Mutter, die außerhalb des Hauses für ihre Kinder arbeiten muß, hat die Frau ein Recht, zu verlangen, daß die Gesellschaft, für deren Gütererzeugung sie ihre Arbeitskraft verwerdet, Einrichtungen schafft, die während der Arbeitszeit der Mutter ihre Kinder in Pflege und Obhut nehmen. Sie hat zu verlangen, daß ihr selbst während der Schwangerschaft und als Wöchnerin der weitgehendste Schutz zuteil werde und ihr die Möglichkeit gegeben wird, das von ihr geborene Leben zu schützen und zu pflegen. Anfänge dazu sind in der während des Krieges zur Einführung gekommenen Reichswochenhilfe zu erblicken, die weiter ausgebaut, auch für die Zukunft beibehalten werden muß.

Zur Entlastung der arbeitenden Mütter sind zu fordern: Entbindungs-, Wöchnerinnen-, Mutter- und Säuglingsheime, Kindergärten für die vorschulspflichtigen, Kinderhorte für die schulpflichtigen Kinder, damit die Mütter während der Arbeitszeit ihre Kinder gegen Gefahren geschützt wissen. Alle diese Einrichtungen sind frei von jedem konfessionellen Zwang und frei von jedem Wohlfahrtsanstrich, von jeder arbeitenden Mutter als etwas rechtlich ganz Selbstverständliches zu fordern. Ebenso dringlich ist eine möglichst gründliche Wohnungsreform, die den Angehörigen der Arbeiterklasse gesunde Wohnungen mit Einrichtungen schafft, die die Hausarbeit der erwerbenden Frau auf das Mindestmaß beschränken. Solche und andere, die Frau entlastende Einrichtungen müssen geschaffen werden, wenn immer größere Massen Frauen erwerbstätig zu sein gezwungen werden. Von einem Stillstand in der sozialen Gesetzgebung kann also gar keine Rede sein. Doch können auch diese Forderungen, wie die bisher schon erreichten, nur von den Vertretern der Arbeiterklasse, der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag, eingebracht, vertreten und durchgeführt werden. — Sind diese Forderungen des Interesses der Arbeiterinnen nicht wert? Müßten sie nicht von allen unterstützt und gefördert werden? Wie viele Frauen und Mädchen glaubten bisher, sich um diese Dinge nicht kümmern zu brauchen. Die Zeit, die wir jetzt durchleben müssen, wird sie eines anderen belehrt haben.

So sehr der Arbeitsprozeß, ihre Mutterpflichten und Hausfrauenpflichten auch die arbeitende Frau in Anspruch nehmen, so viel Zeit und so viel Interesse muß sie aufbringen, sich um die Einrichtungen zu kümmern, die dazu geschaffen wurden und deren weiterer Ausbau dazu beitragen kann, ihr das Arbeitsverhältnis zu erleichtern und ihr Zeit zu verschaffen, als vollberechtigter Mensch unter Gleichgesinnten leben und wirken zu können. Die vorhandenen Einrichtungen auszubauen, neue zum Nutzen der Arbeiterinnen zu schaffen, ist die gemeinsame Aufgabe von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei. Pflicht aller Frauen und Mädchen ist, durch Erwerb der Mitgliedschaft in ihrer Berufsorganisation und durch Beitritt zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands diese beiden mächtigen Körperschaften der deutschen Arbeitererschaft zu stärken. Je stärker die Gewerkschaften, um so gründlicher die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen. Je stärker die sozialdemokratische Partei, um so schneller wird sich die fortschreitende Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung, begünstigt durch die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Frauenerwerbsarbeit durchsetzen. Von den Massen der Frauen, die hinter diesen beiden Organisationen stehen, hängt es ab, wie die Gesetzgebung entsprechend den Bedürfnissen der Frauen gestaltet wird.

Die Frauen haben viel in diesem Kriege lernen müssen; sie haben Unglaubliches für das Wirtschaftsleben geleistet. Daß sie auch den Wert der Organisation erkennen lernten, dafür zeugen die ständig steigenden Zahlen der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, die wesentlich höher als vor dem Kriege sind. Eine Steigerung der weiblichen Parteimitglieder ist in dieser, alle Frauen auch politisch aufreißelnden Zeit nicht zu verzeichnen gewesen. Wie oft aber haben es die Frauen schmerzlich bedauert, in dieser schweren Zeit politisch rechtlos zu sein. Mögen alle aus der Not der Zeit die Erkenntnis geschöpft haben, selbst mit aller Kraft für ihre eigenen Interessen einzutreten und sich darüber klar zu werden, daß die Schäden, unter denen sie als denkender und arbeitender Mensch, als Mutter wie als Hausfrau leiden, nur gemildert und allmählich beseitigt werden können, wenn sie selbst den Willen dazu aufbringen und sich in die Reihen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen stellen.

Martha Soppe.

Gegen die Stilllegung der Textilbetriebe in Sorau.

Zur Stilllegung der Textilbetriebe in Sorau nahm das selbst am 6. November eine von über 800 Personen besuchte Textilarbeiterversammlung Stellung. Es sei im voraus bemerkt, daß die Versammlung sich einmütig gegen die Stilllegung erklärte, obwohl sie nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Unternehmern und deren Vertretern besucht war. Die Behörden, welche in der Versammlung vertreten waren — die Gewerbeinspektion durch den Gewerberat Rixberger, die Seifersdorfer Ortsbehörde, in deren Bereich die Versammlung stattfand —, werden den Eindruck gewonnen haben, daß die Stilllegung der Betriebe in Sorau in allen beteiligten Kreisen auf den entschiedensten Widerstand stößt. Wenn sie an die in der Sache zu entscheidenden Stellen berichten müssen, werden sie nicht verfehlen können, auf diesen entschiedenen Widerstand gebührend hinzuweisen. Sicher werden sie auch eingehend berichten, was zur Stilllegung und was zu ihr geführt habe, selbst gesagt wurde. Wenn sie dann als eigene Meinung vielleicht noch hinzufügen, daß die Stilllegung eine verfehlte Maßnahme sei, die für ganz Sorau von den nachteiligsten Folgen sein müsse, wird man an maßgebender Stelle gewiß dazu kommen, die unglückselige Verfügung wieder zurückzuziehen bzw. dafür zu sorgen, daß sie, als nicht dringend notwendig, wieder zurückgezogen werden kann.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Müller nahm Gauleiter Kofke Berlin das Wort. Er führte u. a. folgendes aus: Wir stehen heute vor der Tatsache, daß fünf größere hiesige Textilbetriebe stillgelegt werden sollen. Man hätte erwarten können, daß die Unternehmer und Arbeiter seitens der beteiligten Instanzen darauf vorbereitet werden würden; das sei nicht geschehen. Es müsse gefordert werden, daß die Betriebe so lange aufrechterhalten werden, wie sie noch Rohmaterialien zur Verarbeitung haben. Nicht nur der Arbeiter werde durch die getroffenen Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch der Unternehmer. Bleibe ein Betrieb längere Zeit geschlossen, so ist sicher, daß ein großer Teil der Maschinen ins alte Eisen wandern müsse. Wo sollen nun die etwa 500—600 Arbeiter und Arbeiterinnen untergebracht werden, die durch die Stilllegung der Betriebe brotlos werden? Welche andere Industrie sei in der Lage, eine so große Anzahl von Arbeitslosen aufzunehmen? Man könne unmöglich verlangen, daß jahrelang hier ansässige Mütter zahlreicher Kinder den Wanderstab ergreifen. Die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen sei ebenfalls neu zu regeln. Es könne keine Rede davon sein, daß heute noch bei den gesteigerten Lebensverhältnissen mit den Unterstützungssätzen von 1915 auszukommen ist. Eine kleine Besprechung mit den Gewerkschaftsvertretern herbeizuführen, wäre Pflicht der beteiligten städtischen und ländlichen Behörden. Wir wünschen, daß die Betriebe aufrechterhalten und die bereits geschlossenen wieder aufgemacht werden. Die gemeinsame Not, die jetzt Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengeführt hat, möge unserer Industrie bessere Wege weisen, als sie bisher beschritten wurden.

Als zweiter Redner führte Gewerkschaftssekretär Voigt-Dresden (christlich-nationale Textilarbeiter) aus: Welche Betriebe geschlossen werden, sei von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Frage: Was wird mit den 500—600 Menschen, die infolge der getroffenen Maßnahmen arbeitslos werden? Hier käme eine Arbeiterkammer in Betracht, die so wie so schon schwer zu leiden und auch die niedrigste Unterstützung in der ganzen Lausitz hatte. Die angeregte Verpflanzung der brotlos werdenden Arbeiterinnen nach anderen Plätzen sei vom sittlichen Standpunkte aus zu verwerfen. Es sei nicht recht verständlich, die verheirateten Frauen an einen anderen Ort zu bringen und die Kinder sich selbst zu überlassen. Man möchte Näheres hören über die Grundzüge, nach denen die Schließung der Betriebe erfolgt und auch darüber, ob die Behörden, die diese Schließung angeordnet haben, auch praktische Vorschläge zur Unterbringung der Arbeiter der stillgelegten Betriebe machen können. Vor allen Dingen müsse die notwendige Ruhe bewahrt werden. Von Seiten der Organisationen werde alles geschehen, was zum Besten der Mitglieder diene.

Auch Müller (Kirch-Dunder) griff die wichtige Frage auf: Was wird aus der Arbeiterschaft? Die Kommunalverwaltungen hätten vor allen Dingen ein Interesse daran, wenn 500—600 Arbeiter brotlos werden. Eine Schließung der Betriebe sei in vielen Orten erfolgt, aber nicht so plötzlich wie in Sorau. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Arbeitslose sei unbedingt notwendig. Sämtlich der Ueberführung von anderen Industrien nach Sorau müsse man sich aber erst vergewissern, ob sie auch angemessene Löhne zahlen wollen.

Nach den Organisationsvertretern sprach Fabrikbesitzer Grenzel. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das endlich eingetrossen sei, was er sich schon vor Jahren gewünscht habe, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zusammengefunden haben. Bereits am Anfang des Jahres sei es ihm klar geworden, daß die Unterstützungssätze nicht ausreichen, und er habe auch in der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Antrag gestellt, der angenommen wurde: was daraus geworden, entziehe sich seiner Kenntnis. Redner brachte ein Gesuch an den Regierungspräsidenten um sofortige Genehmigung der damals bewilligten erhöhten Unterstützungssätze in Vorschlag, ebenso ein Gesuch an das Kriegsamts, die beschlossenen Arbeitskräfte hier unterzubringen.

Rechtsanwalt Gemeinert erklärte, daß sein Betrieb der erste war, der zum Stillstand gekommen ist, dadurch seien 200 Arbeiter brotlos geworden. Die Schließung des Betriebes sei nicht erfolgt aus Mangel an Rohmaterialien, sondern durch eine Kohlenperre. Seine wiederholten Eingaben wegen Kohle seien unberücksichtigt geblieben. Es werde notwendig sein, Mittel und Wege zu finden, daß in einer gemeinsamen Aussprache die Grundzüge aufgestellt werden, daß keine allzu große Arbeitslosigkeit Platz greift. Die plötzliche Schließung der Leinenbetriebe sei ein großer Fehler gewesen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die örtlichen Verhältnisse genau geprüft und die Kohlenperre sofort aufgehoben wird.

Fabrikbesitzer Neumann-Sorau, Vorsitzender des Fabrikantenvereins, kam auf die Vorgeschichte der Schließung der Leinenbetriebe zu sprechen. Sorau sei von der Kohlenfrage nicht abhängig. Es sei gelungen, Betriebe zu erhalten, die stillgelegt werden sollten. Redner ging sodann auf die wirklichen Ursachen ein, die zu der Stilllegung Veranlassung gegeben haben. Was hier auch beschlossen werden möge, es werde kaum dazu beitragen, daß ein Wiederaufleben der Betriebe erfolgt. Der Entschluß der Schließung von Betrieben hätte allerdings rechtzeitig mitgeteilt werden müssen, damit die Sorauer Industrie diesem Schlag nicht so unverhofft gegenüber stand.

Profuriist Weder (Stiller u. Sohn) brachte die schwierige Beschaffung von Kohlen zur Sprache. Er würde sich freuen, wenn die Besprechungen einen Erfolg zeitigen und die Not der Arbeiter lindern würden.

Fabrikbesitzer Grenzel bezweifelte, daß der Rohstoffmangel zur Schließung der Betriebe geführt habe. Von einer Kohlennot könne ebenfalls in Sorau keine Rede sein. Wie weit in einzelnen Betrieben das Rohmaterial fehle, entziehe sich seiner Kenntnis, er selbst würde damit noch bis Januar ausreichen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß wir durch den Winter kommen.

Gauleiter Kofke: Durch die Aufhebung des Kohlenverbots hätte man die plötzliche Stilllegung der Leinenbetriebe vermeiden können. Das Schicksal der Arbeiter ruhe in bewährten Händen und wir werden versuchen, durch geeignete Vorschläge eine Hebung des Notstandes herbeizuführen.

Nachdem Versammlungsleiter Müller die Aussprache geschlossen, traten die Arbeitgeber und Organisationsvertreter zu einer Besprechung zusammen, in der folgende Entschliebung ausgearbeitet wurde:

Die am 6. November 1917 gemeinsame Versammlung von den Gemeindebehörden, der Königl. Gewerbe-Inspektion, Arbeitgebern sowie 800 Arbeiter und Arbeiterinnen der Sorauer Leinenindustrie protestieren energisch gegen die Art, in der seitens der Kriegsrohstoffabteilung, Sektion W. 3, die Stilllegung der Betriebe verfügt wurde. Da eine Kohlennot für die Sorauer Leinenindustrie nicht in Frage kommt, erjudet die Versammlung, die Betriebe bis zur vollständigen Klärung der Angelegenheit weiter arbeiten zu lassen und demgemäß die Kohlenperre unverzüglich aufzuheben. Die Versammelten verlangen, daß die beteiligten Faktoren einschließlich der Arbeitgebervertreter sowie staatlichen und städtischen Behörden in gemeinsamer Verhandlung das Material prüfen und an Hand des Ergebnisses zweckentsprechende Vorschläge machen.

Diese Entschliebung ist, mit den Unterschriften der Arbeitgeber und der Organisationsvertreter versehen, den betr. Stellen des Kriegsamtes (Rohstoffabteilung und Technischer Stab) sowie an den Reichskommissar für Kohlenverteilung zugesandt worden.

Altes Eisen und die Stickerei-Industrie nach dem Kriege.

Dem „Volksblatt“ in Zwickau schrieb man: „Die lange Dauer des Krieges und das damit verbundene fast vollständige Stillstehen der Stickmaschinen macht deren Besitzern das Durchhalten doppelt schwer. Wegen Mangel an Garn können nur die wenigsten Stickmaschinenbesitzer einige Maschinen laufen lassen. Der Rest, d. h. der größere Teil der Maschinen, ist seit drei Jahren, manche noch länger, außer Betrieb, denn die Geschäftstille in der Stickereiindustrie hat bekanntlich nicht erst mit dem Krieg, sondern schon Anfang 1913 eingeleitet. Diese stillstehenden Maschinen fressen aber täglich am Vermögen ihrer Besitzer bzw. vermehren deren Lasten und Verbindlichkeiten. Jede Maschine kostet jährlich gegen 100 Mk. Miete, und für Verzinsung und Abschreibung müssen mindestens 300 bis 400 Mk. jährlich gerechnet werden. Durch das Stillstehen werden aber Maschinen bekanntlich auch nicht besser, rosten vielfach ein und nehmen Schaden. So wird der Besitz dieser Maschinen vielfach als eine Last empfunden, und kurz entschließt sich mancher Besitzer, dieselben für Altschrott loszuschlagen. Das Altschrottmaterial wird jetzt stark gesucht und gut bezahlt. Für eine gewöhnliche 4 1/2-Meter-Schiffenmaschine werden bis zu 500 Mk. auf Abbruch bezahlt, denn die Maschinenfabriken bekommen Gutz nur geliefert, wenn sie Altschrott dagegen liefern können. So macht mancher Stickmaschinenbesitzer jetzt, wie er annimmt, ein gutes Geschäft. Die Zahl der auf Abbruch verkauften Stickmaschinen geht aber schon in die Hunderte und wird noch weiter wachsen, und der Einfluß dieses Abbaues muß sich nach dem Kriege in irgendeiner Form geltend machen.“

Entweder geht die Stickereiindustrie infolge Einbuße eines Teiles des Auslandsgeschäfts zurück, dann würde also dem verringerten Angebot von Arbeit eine verringerte Maschinenanzahl gegenüberstehen, es würde eine Art Gleichgewicht entstehen, und die Sache wäre infolge ohne tiefgehende Bedeutung, abgesehen davon, daß natürlich jede rückläufige Bewegung einer Hauptindustrie die davon betroffene Gegend wirtschaftlich herunterbringt und insofern von ganz unberechenbarem Einfluß auf Plauen und das mittlere Vogtland sein würde. Aber daran wäre ja der forcierte Abbruch nicht schuld, sondern würde nur abnungsvoll vorausgehen, wie die Vögel ihre Jungen aus den Nistlöchern mit Einsturz drohender Mauern herausziehen.

Aber es kann auch, und wir wollen doch hoffen, es soll anders kommen. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Stickereiindustrie nach dem Kriege einen erneuten Aufschwung nimmt. Das ist die Meinung vieler maßgebender Kreise. Es ist möglich, daß der Auslandsmarkt uns nur zum Teil verloren geht und der Inlandsmarkt sich bedeutend hebt. Dann ist jede Maschine zu gebrauchen und dann werden ihrer sehr viele fehlen. Neue Maschinen werden zunächst sehr schwer zu bekommen und bedeutend teurer sein als vor dem Krieg. Und wenn Amerika uns auch keine Spitzen und Stickereien mehr abkaufen will, die neuen Stickmaschinen, mittels deren sie die Waren selbst herstellen, die werden sie schon von uns kaufen. Soweit wir die Geschäftsprinzipien unserer heimischen Stickmaschinenfabriken kennen, ist es sehr die Frage, ob dieselben dann nicht den amerikanischen Auftraggebern die neuesten und leistungsfähigsten Schiffenautomaten zuerst liefern und die heimischen warten lassen, denn die Herren Amerikaner haben ja früher bestellt, und schon des Wettbewerbs wegen gehen die ausländischen, vor allem die nordamerikanischen Bestellungen allen anderen vor. So werden unsere heimischen Stickmaschinenfabriken selbst weiter an dem Akt jagen, auf dem die Stickereiindustrie sitzt; ihnen tut es ja nichts, Amerika kann noch viele Maschinen brauchen, und schließlich bestellen ja die heimischen Interessenten trotzdem weiter Maschinen, müssen sie weiter bestellen, denn von Amerika können sie keine herüberkommen lassen. Da heißt es für die heimischen Industriekreise aufpassen; im Kriege haben wir gelernt, uns mit einschneidenden Maßnahmen auf allen Gebieten des Lebens, des Handels und der Industrie abzufinden, vielleicht könnten auch nach demselben manchmal solche Zugriffe nützlich sein.

Also mit dem Erfolg der jetzt zusammengeschlagenen Maschinen könnte es nach dem Kriege unter Umständen recht bedenklich hapern. Nun, wir wollen hoffen, daß die Zeiten so werden, daß eher ein Mangel an Maschinen als ein Ueberfluß vorhanden sein wird.

Ein drittes möge noch gestreift sein: Seit der Erfindung des Schiffenautomaten hat bekanntlich eine neue Entwicklung der Stickmaschinenherstellung begonnen und auch immer mehr an Bedeutung gewonnen, die eine Umwälzung bzw. Aenderung der Zusammensetzung der Arbeiterschaft in den Stickereien und auch eine andere Entwicklung der Betriebsform mit sich bringt. In den Automatenstickereien tritt an die Stelle des Stickers der eiserne Automat, für eine Anzahl Maschinen genügt ein Kartenschläger. Da es aber noch eine Menge Stickereiartikel gibt, für welche der Automat wegen der zu hohen Kartontypen unwirtschaftlich wäre, wird ja der Einzelsticker nicht ganz verschwinden. Aber es wird ein Aus-

gleich auf den wirklichen Bedarf hin sich geltend machen. Der Automat wird überall Boden erobern, den bisher besonders die 4 1/2-Meter-Maschine innegehabt hat, die Richtung wird auf die Großbetriebe zugehen und die Klein- und Einzelbetriebe in die Minderheit drängen. Dieser Zug der Zeit wäre auch ohne den Krieg weitergegangen, aber der lange Stillstand der Gesamtindustrie hat ihn nicht mit zum Stillstand gebracht, sondern einem rascheren Schritt nach dem Kriege den Weg gebahnt. Viele alte Stickmaschinen haben ihren Platz geräumt, der noch nicht wieder besetzt ist. Die Besetzung wird, soweit überhaupt, mit neueren, leistungsfähigeren Maschinen erfolgen. Damit wird auch die Leistungsfähigkeit der Stickereiindustrie überhaupt gehoben werden. Und wenn nach dem Kriege einmal die neuen Maschinen, welche die Maschinenfabriken verlassen, vorwiegend im Vogtlande selbst Aufstellung finden, dann wird die Stickerei- und Spitzenindustrie gegenüber anderen Stickereimittelpunkten hoffentlich entsprechend aufholen.“

Stadt und Land.

Man schreibt uns vom Lande:

Die allgemeine Lebensmittelknappheit hat es mit sich gebracht, daß die Lebensmittelhersteller stark unvorhergesehen werden, und es gibt nicht wenig Leute, die der Meinung sind, schon das Wohnen auf dem Lande genüge, um Nahrungsmitteln sorgen nicht zu haben. Diese Auffassung ist falsch. Wenn Stadtleute vielfach auf dem Lande zu Unrecht Lebensmittel einkaufen, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß nun auch die auf dem Lande wohnenden Arbeiterfamilien den gleichen Vorzug genießen. Dem Bauer und noch mehr der Bäuerin macht es Vergnügen, daß sie jetzt auf einmal hochangesehene Leute sind und daß Herr oder Frau Fabrikant & Co. sich herablassen, in eigener Person auf dem Bauernhofe vorzusprechen, und dann wissen sie auch, daß es diesen Leuten auf eine kleine Preisdifferenz zugunsten des Bauern gar nicht ankommt. Daß die hier gezeichnete Bereitwilligkeit ohne weiteres auch bei den auf dem Lande wohnenden Arbeiterfamilien in Anwendung kommt, wäre ein großer Irrtum. Der Landwirt ist schon gar nicht in der Lage, in weiterem Umfange derartige Vergünstigungen zu gewähren, weil er dann schließlich nichts mehr zur Abgabe an die zuständigen Stellen haben würde, was mit Notwendigkeit zur weiteren Verschärfung der Erfassungsmassnahmen führen müßte, womit dem Landwirt sicherlich nicht gedient wäre.

Es wird gewiß nur wenig landwirtschaftliche Betriebe geben, die ihre Erzeugnisse reiflos der allgemeinen Verteilung zuführen, und die Mengen sind sicherlich erheblich, die der Allgemeinheit entzogen werden. Seither hat man sich damit geholfen, dauernd die Rationen zu kürzen, vielfach sogar unter gleichzeitiger Erhöhung der Preise. Es ist klar, daß jede Kürzung der Ration wieder den unrechtmäßigen Einkauf steigert, weil schon das Gebot der Selbsterhaltung es bedingt, die zur Verfügung gestellten winzigen Mengen zu erhöhen. Aus Zeitungsmeldungen wissen wir, daß fortgesetzt schwere Betrügereien und Fälschungen zum Zwecke der unrechtmäßigen Lebensmittelbeschaffung stattfinden und daß auf diese Weise erhebliche Posten zum Verbrauch kommen; rechnet man hierzu noch diejenigen Mengen, die beim Erzeuger durch gute Freunde oder gute Zahler abhandeln kommen, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß es tatsächlich möglich wäre, vielfach eine höhere Ration zu gewähren als es jetzt der Fall ist.

Wir sind uns der großen Verantwortung bewußt, die darin liegt, ein Siebzig-Millionen-Volk ausschließlich mit selbsthergestellten Nahrungs- und Genussmitteln jahrelang durchzuführen, und wir wissen, daß hierbei in der Praxis Schwierigkeiten auftauchen, die imstande sind, die bestgedachten Pläne über den Haufen zu werfen. Zu diesen Schwierigkeiten gehören in erster Linie die restlose Erfassung der Lebensmittel und die gerechte Verteilung derselben. Eine Unmenge von Mühsalstoff wäre mit einem Schlag beseitigt, wenn es gelänge, die Schiebungen und den Schleihhandel aus der Welt zu schaffen. Solange auf diesem Gebiete nicht rücksichtslos eingeschritten wird, glaubt niemand daran, daß es besser werden kann. Nicht im Gegensatz zwischen Stadt und Land liegt die Gefahr, sondern in der Gewissenlosigkeit einer dünnen Schicht des zahlungsfähigen Publikums und der Raffgier einzelner Landwirte.

Der Nationalismus der englischen Gewerkschaften.

Wilhelm Jansson schreibt in der „Blocke“ Nr. 24 vom 15. September:

... Solange die englische Regierung die Rasse verweigert, kann der Stockholmer Konferenzgedanke nicht zur Tat werden, und die englischen Arbeiterführer glauben sich in der neutralen „opinion“ rehabilitiert, wenn sie auf die Unmöglichkeit hinweisen können, zurzeit die Kaiserlaubnis zu erlangen.

Allein hier drängt sich eine andere Frage dem internationalen Sozialismus auf: Wer ist es, der ihn zur Aktionsunfähigkeit verurteilt in dem Augenblicke, wo die Lage der Welt die höchste Leistung von ihm fordert? Es ist niemand anders als der alte Trades-Unionismus der anglosächsischen Welt, der immer ein Werkzeug der bürgerlichen Regierungen gegen den Sozialismus war. Die Smillie, Snowden, Mac Donald in England mögen jetzt für ihre internationale Aktion der Arbeiterklasse noch so viel Verständnis besitzen, gegen den engherzigen nationalistischen Geist der englischen Gewerkschafter vermögen sie ebenjowenig aufzukommen, wie die Gyllquit und Genossen gegen Sam. Gompers in Amerika. Für uns in Deutschland, die wir mehr als ein Jahrzehnt hindurch uns eifrig bemüht haben, die Engländer und Amerikaner für eine tatkräftige Teilnahme an den Arbeiten der Gewerkschaftsinternationale zu interessieren und doch nie mehr als einen prinzipiellen und daher nur fiktiven Erfolg buchen konnten, bringt die jetzige Lage des internationalen Sozialismus keine Ueberaschung. Wir waren während der ganzen Dauer des Krieges keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die Kriegsziele der Ententeregierungen ohne Einschränkung auch stets die Kriegsziele der englischen Gewerkschaften sein würden, und wir erwarten von den liberalisierenden Führern eines zünftlerischen Trades-Unionismus nicht eher eine Friedensaktion, als sie dazu von der englischen Regierung aufgeboten werden. Alle, die aus der Labour unrest in der

englischen Industrie sich eine Oppositionsstellung der englischen Arbeitermassen gegen die Kriegspolitik der englischen Regierung in schönen Farben zurechtmalen, sind unverbesserliche Phantasten, die, wenn sie Politiker sind, nicht beanspruchen dürfen, ernst genommen zu werden. Der eingeleitete Gewerkschaftskampf opponiert selbstverständlich gegen die Ausschaltung gewerkschaftlicher Einrichtungen und Grundzüge, für die Generationen englischer Arbeiter gekämpft haben. Wenn damit die Niederhaltung der Löhne bei gleichzeitiger, ununterbrochener Steigerung der Unterhaltskosten für das nackte Leben verbunden ist, wird die Inanspruchnahme gewerkschaftlicher Kampfmittel der Arbeiter zu einer Selbstverständlichkeit. Aber dieser Kampf spielt sich ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete ab; sein schwacher politischer Widerhall hat lediglich eine innerpolitische Bedeutung, die in keiner Beziehung zu der auswärtigen bzw. Kriegspolitik Englands steht. Freilich würden die englischen Arbeiterführer die gewerkschaftliche Mißstimmung der Arbeitermassen in den Ström der allgemeinen Friedensbewegung leiten können, wenn sie wollten. Aber dies Wollen fehlt eben, weil die Führer in ihrer Mehrheit gar zu sehr mit dem imperialistischen Geist ihrer Regierung und der herrschenden Klassen solidarisch sind. Die Ideale des internationalen Sozialismus, die in Deutschland Führer und Massen bewegten, fanden in England schon in Friedenszeiten keinen günstigen Boden, und man kann vernünftigerweise nicht erwarten, daß der Umschwung sich in einem Kriege vollziehen soll, in welchem England, nicht um seine Existenz zwar, aber um die Fortdauer seiner Welt Herrschaft ringt.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1916.

Der ungeheure Bedarf an Menschen, den dieser Krieg erfordert, hat im Jahre 1916 einen weiteren Rückgang der Zahl der männlichen Mitglieder der Gewerkschaften verursacht. Der Ersatz, der für die zum Seeresdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielfach nicht gleich für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefste Stand der Bewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da ab setzt eine Zunahme der männlichen Mitglieder und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliederbestandes der Gewerkschaften ein. Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 im Jahresdurchschnitt 774 992 männliche, 180 895 weibliche, zusammen 955 887 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 199 166 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 8694 vermehrten, so daß ein Gesamtverlust von 190 472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das vierte Quartal 1916 weist mit 934 784 Mitgliedern die niedrigste Bestandsziffer auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahre am Schluß des ersten Quartals 996 062 und am Schluß des zweiten Quartals 1 076 493. Das ist ein Mehr von 141 709 Mitgliedern gegenüber der Schlußzahl des Jahres 1916. Beachtenswert ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahrs 1917 um 82 521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abganges durch Einberufung zum Kriegsdienst. Der nach Kriegsausbruch eingetretene Rückgang an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schluß des Jahres 1915 mit 169 907 den tiefsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197 008, und am Schluß des zweiten Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 256 196 weibliche Mitglieder, 42 179 mehr als vor Kriegsausbruch. Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften übersteigt die Erwartungen und berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts mit der Gewerkschaftsbewegung gehen wird.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten die Zweigvereine in mühevoller Arbeit, ohne Entschädigung aufrechterhalten. Diesem Verlust ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zuzuschreiben, die von 1914 bis Jahreschluß 1916 von 11 107 auf 9868 sank, sich also um 2439 verminderte. Auch die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsbeamten ist in den drei Kriegsjahren erheblich geringer geworden. Sie ging von Mitte 1914 bis Ende 1916 von 2867 auf 1269, um reichlich die Hälfte, zurück; 1593 Angestellte wurden bis 1916 zum Seeresdienst eingezogen. Beim Entzug so vieler Kräfte ist es schwierig, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei muß immer wieder betont werden, daß die Arbeitslast der Funktionäre während des Krieges erheblich gewachsen ist. Zu der Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten, den Arbeiten bei der Regelung der Nahrungsmittelverteilung sind die durch das Hilfsdienstgesetz bedingten hinzutreten. Die Lösung der Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungsweges oft mehr Zeit und Arbeit als in Friedenszeiten.

Die Einnahmen der Verbände sind, wie erklärlich, während des Krieges stark zurückgegangen. Sie betragen 1913 82 005 580 Mk., 1914 70 871 954 Mk., 1915 41 503 227 Mk., 1916 34 027 248 Mk. Aber auch die Ausgaben haben sich stark vermindert. 1914 betragen sie noch 79 547 272 Mk., sie waren noch um 4 Millionen höher als 1913, da mit Kriegsausbruch die Gewerkschaften erhebliche Kosten an Unterstützungen zu tragen hatten. Wurden doch in diesem Jahre allein an Arbeitslosenunterstützung 23 718 902 Mk. verausgabt. Das Jahr 1915 verzeichnet eine Ausgabe von 34 938 864 Mk., und im Jahre 1916 betrug sie nur 30 074 048 Mk. Bedeutend zurückging die Arbeitslosenunterstützung, und zwar von 3 485 423 Mark im Vorjahr auf 1 449 133 im Berichtsjahre. Dagegen stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2 425 033 auf 3 664 592 Mk. Für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen wurden 175 529 Mk., für Unterstützung in Notfällen 303 066 Mk., für Unterstützung an Frauen für Kriegsteilnehmer 5 992 064 Mk. (1915 8 074 085), für Beihilfe in Sterbefällen 1 226 799 Mk. verausgabt. Obgleich die Verbändeorgane 1916 noch unter größeren Einschränkungen als im Vorjahre erschienen, stieg die Ausgabe dafür von 1 225 165 auf 1 246 201 Mk., was den erhöhten Druck und Papierpreisen zuzuschreiben ist. Der Kassenbestand der Verbände betrug am Jahreschluß 1916 67 829 137 Mk., darunter fehlt jedoch das Vermögen des Metallarbeiterverbandes.

Gleich den Zentralverbänden haben auch die kirchlichen Dunderischen Gewerkschaften im Jahre 1916 einen weiteren

Mitgliederverlust erlitten. Ihre Zahl ging von 61 068 im Jahre 1915 auf 57 766 im Jahre 1916 zurück. Die Gesamteinnahme betrug 1 753 387 Mk., 146 483 Mk. weniger als 1915, und die Gesamtausgabe belief sich auf 1 672 232 Mk., sie ist um 186 436 Mk. höher als im Vorjahre.

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften berichtet, daß die Jahresdurchschnittsziffer des Mitgliederbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern aufweist. Am Jahreschluß wäre jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 482, von 162 425 auf 178 907 Mitgliedern zu verzeichnen. Diese Zahlen werden jedoch beeinflusst durch den im Jahre 1916 erfolgten Zutritt von zwei weiteren Organisationen, dem Verband der Angestellten mit 357 und dem Bayerischen Postverband mit 10 874 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen der Christlichen Gewerkschaften beliefen sich 1916 auf 3 231 432 Mark gegen 3 317 847 Mk. im Vorjahre. Die Ausgaben verringerten sich von 3 505 807 1915 auf 2 901 243 1916.

Die drei Organisationsgruppen, Zentralverbände, Gewerksvereine und Christliche Gewerkschaften hatten 1916 insgesamt 1 187 953 Mitglieder gegen 1 383 582 im Jahre 1915. Der Mitgliederverlust beträgt 195 629. Die Einnahmen beliefen sich auf 39 012 067 Mk., die Ausgaben auf 34 647 623 Mark. Der Kassenbestand betrug 76 652 183 Mk. Hierbei fehlt, wie schon bemerkt, der Bestand des Metallarbeiterverbandes.

Organisation ist Leben.

„Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit einem Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsaufwallung, ist, staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort eines Vortrags verhallt, das Wort einer Schrift wird übertönt von tausend neuen Eindrücken des Alltags — nur der fest Organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch was bedarf es der Worte! Wenn die große Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die von dem entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation.“ Adolf Damaschke.

In der finanziellen Leistungsfähigkeit sind die Zentralverbände den beiden anderen Organisationsrichtungen weit überlegen. Diese Tatsache drückt sich nicht nur in den numerisch größeren Einnahme- und Ausgabebestimmen aus, sondern tritt auch hervor bei dem Anteil, der auf jedes Mitglied von den Ausgaben für Unterstützung entfällt. Es verausgabten für alle Unterstützungszweige, einschließlich der Ausgabe für Rechtschutz, die Zentralverbände 13 457 310 oder pro Mitglied 14,08 Mk., die Gewerksvereine 88 950 oder pro Mitglied 1,54 Mk., die Christlichen Gewerkschaften 1 049 716 oder pro Mitglied 6,02 Mk.

Die Gewerkschaften haben auch im dritten Kriegsjahre die Politik verfolgt, die sie bei Kriegsbeginn einschlugen. Sie läßt sich in die alte Formel fassen: „Sicherung der Interessen der Arbeiterklasse.“ Allerdings, Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zweckes sind andere als in Friedenszeiten. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Laufe des Krieges gewachsen ist. Sie haben sich damit als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen. Daß ihr Mitgliederbestand und ihre Einnahmen um die Hälfte verringert sind, als im Jahre vor dem Kriege, ist eine so selbstverständliche Erscheinung, daß sie nicht erst erklärt zu werden braucht. Die Prüfung der Ergebnisse der Statistik zeigt, daß die Gewerkschaften nach dreijähriger Kriegsdauer ihre Aufgaben genau so zu erfüllen vermögen wie zu Kriegsbeginn.

Aus der Textilindustrie.

Die Beitragsleistung pro Kopf der Mitglieder in der Kriegszeit, nach Gauen und Quartalen zusammengestellt, ergibt, daß der Organisation wegen Hebung der Beitragsleistung noch eine große Arbeit bevorsteht. Es sind in letzter Zeit eine Anzahl Filialen dazu geschritten, die Beiträge zu erhöhen. Das allein genügt aber nicht; ganz abgesehen davon, daß sich in vielen Gauen nach dieser Richtung hin noch gar nichts rührt. Das Schwergewicht zur Stärkung der Finanzkraft des Verbandes muß gelegt werden auf eine regelmäßige Beitragsleistung. Das Quartal hat 13 Wochen und soll demnach auch 13 Beitragsleistungen aufweisen oder doch nahe an sie herankommen. In vielen Orten haben wir im Laufe dieses Jahres recht ansehnliche Lohnzulagen erstritten; diese erfolgreichen Bewegungen müssen auch überall dazu benutzt werden, daß wir wieder zu einer regelmäßigen Beitragsleistung gelangen.

Nach dem Kriege erwarten uns schwere finanzielle Leistungen, die unausführbar sind und dadurch die Organisation schwer gefährden, wenn nicht schon jetzt eine regelmäßige Beitragsleistung angestrebt und erzielt wird. Wie sieht es damit aus? Es haben Beitragsleistungen aufzuweisen:

Quartal	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2
Jahr	1914				1915				1916				
Gau 1	9,6	8,5	7,9	7,9	7,4	6,9	7,0	6,5	6,7	7,3	8,0	7,9	8,0
" 2	10,0	7,9	9,4	8,2	8,2	8,5	9,1	8,6	7,7	7,9	8,3	8,3	8,2
" 3	10,6	6,4	4,5	6,4	7,6	8,1	7,7	8,0	7,7	7,9	7,9	7,8	7,7
" 4	11,3	8,1	6,2	8,0	8,4	10,0	9,8	9,2	8,7	9,2	9,8	9,7	9,8
" 5	10,6	5,1	3,4	4,2	3,8	3,9	3,5	3,4	2,7	2,7	4,4	9,0	8,3
" 6	10,2	8,6	9,2	9,3	9,4	9,4	9,7	9,8	8,2	8,8	9,7	8,9	8,6
" 7	10,0	9,0	7,6	8,0	8,3	7,9	8,2	7,9	8,2	8,2	8,4	8,2	9,2
" 8	11,6	10,2	8,9	10,0	9,5	8,8	8,1	8,3	7,7	8,5	9,1	9,3	9,4
" 9	10,2	7,5	5,9	6,9	6,9	7,1	6,8	7,0	6,8	8,0	7,8	7,8	8,2
" 10	11,6	9,0	7,8	8,3	7,9	7,8	7,1	6,7	5,9	6,5	6,5	6,5	6,7
" 11	10,6	8,2	7,2	8,3	8,3	7,9	7,6	7,0	6,2	6,8	6,7	6,6	6,5
" 12	10,8	7,5	6,6	7,7	7,9	7,5	6,7	7,0	7,1	7,4	8,2	8,9	9,4
" 13	10,3	8,7	9,2	10,3	9,9	9,7	9,2	9,1	8,9	9,4	9,7	9,7	10,5
Zm Verband	10,6	8,6	7,6	8,6	8,4	8,2	7,8	7,7	7,2	7,8	8,2	8,3	8,7

Die Kriegsgewinne mancher Textil-Aktiengesellschaften lassen nichts verraten von schlechter Zeit. Die Aktiengesellschaft Bal. Mehler, Segeltuchweberei in Sulda, hatte aus Rohstoffen, Waren und Wertpapieren einen Gewinn von 796 678 Mk. Unkosten und Steuern erforderten 306 789 Mk. (205 084 Mk.), Rücklage für die Kriegsgewinnsteuer 195 000 Mk. (211 500 Mk.), Aufwendungen für Arbeiter und Angestellte 39 246 Mk. (41 338 Mk.), Abschreibungen 38 719 Mk. (58 963 Mk.), außerdem 8835 Mk. Rückstellungen). Der Reingewinn beträgt einschließlich des Vortrags von 20 632 Mk. 266 361 Mk. (260 632 Mk.). Vorgezogen wird 14 Proz. Dividende (wie im Vorjahr) gleich 140 000 Mk., außerdem eine außerordentliche Vergütung von 100 Mk. auf jede Aktie gleich

100 000 Mk., zusammen also 24 Proz., zu verteilen und 26 361 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Im vorigen Jahr dagegen sind aus dem Reingewinn 100 000 Mk. zurückgestellt worden.

Man scheute sich wohl zu sagen, man zahle den Aktionären 24 Proz. Dividende. Deshalb hieß es, man zahle 14 Proz. und man gab dann noch ein Extrageschenk von 100 000 Mk.

Die mech. Buntweberei Brennet in Stuttgart verfügt über einen Reingewinn von 423 294 Mark. Die Aktionäre erhalten 10 Proz. Dividende.

Die Gesellschaft für Baumwollindustrie in Sildern erzielte einschließlich 4448 Mk. (im Vorjahre 19 004 Mk.) Vortrag und nach 100 642 Mk. (143 052 Mk.) Abschreibungen einen Reingewinn von 2 654 336 Mk. (3 044 448 Mk.), wovon wieder 120 000 Mk. als Prozentige Dividende verteilt, wieder 60 000 Mk. für Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt und der Rest von 85 436 Mk. zu Rücklagen verwandt wird. Im Vorjahr wurden der Rücklage 15 000 Mk. und der Sonderrücklage 100 000 Mk. überwiesen und 4448 Mark vorgetragen.

Auch die italienische Wollindustrie geht schweren Zeiten entgegen, wenn der Krieg zu Ende sein wird. In einem Artikel des „Sole“ wird gesagt:

„Zwar hat Deutschland in Südamerika enorme Wollvorräte aufgestapelt; aber mit dem Aufhören der vom Kriege bewirkten Betriebs Einschränkung der schweizer, rheinländischen, sächsischen und auch der böhmischen, mährischen und schlesischen Wollindustriestätten wird sofort ein so gewaltiger Wollhunger entstehen, daß dieser Rohstoff auf lange Zeit ungeheuer teuer bleiben wird. Nur ausgiebiger Schutz der italienischen Wollindustrie durch die künftigen Handelsverträge könnte die Nachteile ausgleichen, die ihr aus den Transportschwierigkeiten entstehen. Vor dem Kriege kostete die Verschiffung unter italienischer Flagge doppelt soviel als unter österreichischer. Noch teurer, allerdings die schnellste, war die Warenbeförderung nach China unter japanischer Flagge. Labellos war aber die Bedienung unter dem österreichischen Lloyd. Die gegenwärtig sehr hohen Arbeitslöhne werden lange Zeit nicht sinken. Denn an eine Einschränkung der Nacharbeit ist gar nicht zu denken; hingegen ist die Festsetzung eines Lohnminimums eine Forderung sozialer Gerechtigkeit. Der Maschinenbestand der italienischen Wollindustrie ist durch die lange Kriegsdauer in den kläglichsten Zustand verfiel und um 30 bis 50 Prozent entwertet. Dazu kommt, daß ein großer Teil der italienischen Mechaniker gefallen ist und das italienische Schulwesen zur raschen Heranbildung genügender Nachwuchs zu unvollkommen ist.“

Es wäre also schon besser gewesen, die italienischen Kriegsheber hätten sich nicht aufs Glatteis der englisch-französischen Entente politiker locken lassen. Der Krieg wäre dann schon lange zu Ende und dem italienischen Volke wären große Sorgen und Nöte erspart geblieben.

Die Baumwollversorgung Japans bildet dort schon lange den Gegenstand eingehender Verhandlungen der interessierten Kreise. Der Plan, sich bezüglich der Baumwollversorgung von der Einfuhr aus Amerika und Indien unabhängig zu machen, nimmt jetzt greifbarere Gestalt an, indem der jüngst geschlossene Ausfluß für Unterjochung industrieller Fragen sich der Frage der Förderung des Baumwollbaus in Korea mit an erster Stelle zu widmen hat. Bei der Eignung Koreas für den Baumwollbau und der schnell zunehmenden Bestockung des Landes dürfte es nicht schwer sein, dort die Erzeugung beträchtlicher Mengen Baumwolle zu erreichen, was bei dem Baumwollmangel der Welt eine erhebliche Erleichterung des Baumwollmarktes bedeuten würde. Belief sich doch die Gesamtzeugung von Baumwollgarn Japans schon im vergangenen Jahre auf 1 924 077 Ballen gegen 1 720 264 Ballen im Jahre 1915. Wie stark auch die Baumwollweberei zugenommen hat, geht daraus hervor, daß trotz der erheblich gestiegenen Garnzeugung die Garnausfuhr sogar etwas abgenommen hat, indem sie von 575 909 im Jahre 1915 auf 549 176 Ballen im vergangenen Jahre gesunken ist; infolgedessen machte sich in China in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 eine Garnknappheit geltend. Seitdem hat die Baumwollindustrie Japans weitere bedeutende Fortschritte gemacht, sind doch seit Beginn des Weltkrieges ungefähr eine Million neue Spindeln in Gebrauch genommen worden; namentlich ist Japan bestrebt, die Weberei noch weiter auszudehnen als bisher, besonders um den chinesischen Markt soweit möglich zu erobern. Uebrigens beginnt japanische Baumwollware nicht nur in Australien, Indien und Südamerika, sondern sogar schon in Ägypten einzudringen.

Eine gewaltige Steigerung der Baumwollwarenausfuhr aus den Vereinigten Staaten ist zu verzeichnen. Der Wert der in den drei Kriegsjahren aus den Vereinigten Staaten ausgeführten Baumwollwaren ist ungefähr halb so groß als in den dem Kriege vorhergehenden letzten 20 Jahren zusammen ausgeführt worden ist. Eine Veröffentlichung der National City Bank of New York bringt Zahlen, aus denen hervorgeht, daß dem Werte nach gerechnet, allein im Rechnungsjahr 1917 nahezu dreimal soviel Baumwollstoffe, siebenmal soviel Trikotagen und achtmal soviel Baumwollgarne das Land verlassen haben als im Jahre 1914. Die Ausfuhr von Baumwollstoffen im Rechnungsjahr 1917 übertrifft die aller früheren Jahre, mit Ausnahme des Jahres 1906, wo nach Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges das Bedürfnis Chinas an Baumwollstoffen außerordentlich groß war. Sogar Baumwolle in Japan, deren Ausfuhrwert sich in früheren Jahren in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen bewegte, wurden im Jahre 1917 bis zu einem Gesamtbetrage von 1 Million Dollar ausgeführt, was eine Verdachung des Ausfuhrwerts von 1914 bedeutet. Ebenso ist eine starke Zunahme in der Ausfuhr von baumwollener Unterwäsche zu verzeichnen, die im Rechnungsjahr 1917 einen Wert von 30 000 000 Dollar (1 Dollar = 4,12 Mk.) erreichte, was außerordentlich hoch ist, wenn man bedenkt, daß in den Friedensjahren nur etwa 10 000 000 Dollar jährlich das Land verlassen haben. Diese Wertzunahme beruht keineswegs einzig und allein auf den höheren Preisen. So wurden zum Beispiel, die Menge genommen, an Baumwollstoffen allein im Rechnungsjahr 1917 700 Millionen Yards gegenüber nur 397 Millionen Yards im Jahre 1915 ausgeführt, und auch in den sonstigen Baumwollzeugnissen war die Ausfuhr, der Menge nach, bedeutend größer. Im Mai 1917, dem letzten Monate, über den Einzelheiten be-

kannt sind, betrug die Menge der ausgeführten Baumwollstoffe 63 Millionen Yards gegen 44 Millionen im Mai 1915. Desgleichen zeigen Baumwollgarn seit Beginn des Krieges ein starkes Anwachsen in der Ausfuhr. Sie betrug 1917 über 5 Millionen Dollar gegen nur 716 000 Dollar im Jahre 1914. Die Zunahme entfällt hauptsächlich auf die Ausfuhr nach den nördlichen und südlichen Nachbarn der Vereinigten Staaten. Kanada bezog im Rechnungsjahre 1917 über 75 Millionen Yards Baumwollstoffe, wogegen die im letzten Friedensjahre nach Kanada gegangenen Mengen nur 20 Millionen Yards ausmachten. Zentralamerika war im Jahre 1917 Käufer von 63 Millionen Yards gegen 37 Millionen in 1914, und Südamerika von 170 Millionen gegen nur 42 Millionen im Jahre 1914.

Dagegen ist in der Ausfuhr nach dem Orient, der vor dem der beste Absatzmarkt für amerikanische Baumwollstoffe gewesen war, ein deutlicher Rückgang festzustellen, was darauf zurückzuführen ist, daß Japan seine südlichen Nachbarn in großen Mengen mit Baumwollwaren versieht. Im Jahre 1914 betrugen die amerikanischen Verschiffungen von Baumwollstoffen nach Asien 125 Mill. Yards, welche Ziffer seitdem auf 38 Millionen im Rechnungsjahre 1917 herabgesunken ist. Sogar die Philippinen, in früheren Jahren Amerikas bester Kunde in Baumwollwaren, bezogen im Jahre 1917 nur 83 Mill. Yards gegen 106 Millionen im Jahre 1915. Nichtsdestoweniger sind die von den Philippinen gekauften Mengen Baumwollwaren größer als die Verschiffungen nach jedem anderen Lande, obgleich die Güte sich unter den z. B. für Kanada bestimmten Partien bewegt, das im Jahre 1917 Baumwollwaren zu höheren Preisen bezog als viele andere Länder. Vernünftigerweise steht dies mit der Verarbeitung eines Teiles der Bezüge zu Kriegszwecken in Zusammenhang. Dies trifft auch auf die beschränkten Mengen der von Großbritannien bezogenen Baumwollstoffe zu. Die 6 Millionen Yards, die im Rechnungsjahre 1917 dahin gingen, erzielten durchschnittlich 39 Dollarcent (1 Dollarcent gleich 0,04 Mk.) für das Yard, diejenigen nach Kanada 13 Cent und nach den übrigen Ländern durchschnittlich 9,7 Cent. Die ausgesprochene Wertverminderung der amerikanischen Baumwollausfuhr nach dem Orient tritt deutlich zutage, wenn man die Ziffern der jüngsten Jahre mit denen der Vor-Kriegsperiode vergleicht. So belief sich im Jahre 1916 die Baumwollausfuhr aller Arten nach Asien auf nur 3 911 000 Dollar gegen 9 016 000 Dollar im Jahre 1914, 7 501 000 Dollar 1910 und 31 352 000 Dollar 1915. Die Zunahme der Ausfuhr in den Jahren 1916 und 1917 nach Europa hingegen ist sehr bedeutend, drückt sich aber hauptsächlich in Trikotagen und nur in geringerem Grade in Baumwollstoffen aus. Der Gesamtwert der Ausfuhr von Baumwollwaren nach Europa betrug im Jahre 1916 35 536 000 Dollar gegen 3 614 000 Dollar 1914, 1 996 000 Dollar 1910 und 1 507 000 Dollar im Jahre 1900. Von diesen 35 536 000 Dollar waren 12 936 000 Dollar Trikotagen, 7 287 000 Dollar Baumwollstoffe und 708 000 Dollar sonstige Baumwollwaren. Die gleichen Einzelheiten für das Rechnungsjahr 1917 sind noch nicht veröffentlicht.

Soziale Rundschau.

Die Arbeitslosenversicherung in Dänemark.

Für die Arbeitslosenversicherung zahlt der Staat einen ganz namhaften Beitrag, aber nicht an die Verbände als solche, sondern die Verbände konstituieren sich zu diesem Zwecke als Arbeitslosenkasse mit selbständiger Rechnungsstellung und Delegiertenversammlung, also ganz ähnlich wie in der Schweiz die Krankenkassen innerhalb der Verbände, nur mit dem Unterschiede, daß die Zugehörigkeit zur Arbeitslosenkasse für alle Verbandsmitglieder zum vornherein obligatorisch ist. Vom Verbandsbeitrag des Tischlerverbandes wurden bisher 30 Dore wöchentlich dieser Arbeitslosenkasse gutgeschrieben. Der Staat berechnet seinen Beitrag nicht nach der ausbezahlten Unterstützung, sondern er leistet einen festen Jahresbeitrag, der jetzt auf 18 Kronen pro versichertes Mitglied und Jahr erhöht worden ist, mit der Bedingung, daß das Mitglied selbst ebensoviel an Beiträgen leistet. Sodann zahlt die Gemeinde noch einen Zuschuß von 6 Kronen, so daß die Arbeitslosenkasse pro Mitglied und Jahr eine feste Einnahme von 42 Kronen hat. An Unterstützungen werden nach einjähriger Mitgliedschaft pro Tag zwei Kronen ausbezahlt bis zum Maximum von 84 Tagen oder 168 Kronen jährlich. Der Tischlerverband ist der einzige, der nach einjähriger Mitgliedschaft an alle Mitglieder gleich viel zahlt; andere Verbände haben Staffeln nach der Mitgliedschaftsdauer.

In den vier Jahren 1913 bis 1917 hat der dänische Tischlerverband, der zurzeit 8400 Mitglieder zählt, an Arbeitslosenunterstützung 628 833,78 Kronen ausbezahlt, davon im ersten Kriegsjahr (1914—1915) 322 581,60 Kronen gegen 50 574,25 Kronen im letzten Jahr. An Staats- und Gemeindebeiträgen hat er eingenommen 399 826,42 Kronen, an Mitgliederbeiträgen für die Arbeitslosenkasse 468 029,73 Kronen. Der Fonds der Arbeitslosenkasse beträgt zurzeit noch 376 706,76 Kronen.

Der Verband führt seit mehreren Jahren eine fortlaufende Lohnstatistik in der Weise, daß in dem von ihm herausgegebenen Taschenkalender einige besondere Blätter beigefügt sind, in die jeder Kollege bei jedem Zahltag die erhaltene Lohnsumme nebst einigen knappen Notizen einträgt; diese Blätter werden vierteljährlich eingesammelt und dem Verbandsbureau zur Verarbeitung eingesandt. Auf diese Weise hat der Verband eine fortlaufende, sehr genaue Statistik.

Zur Ernährungsfrage.

Die Lebensmittelverteilung in Berlin.

Wohl keine Ortsverwaltung zeigt sich einer einwandfreien Lebensmittelverteilung so wenig gewachsen wie die der Großstadt Berlin; auf dem elendesten Dorfe ist es damit besser bestellt, und in allen Vororten Berlins — die mit ihm zusammen Groß-Berlin bildenden eingeschlossen — gleichfalls. Man kann es ja verstehen, daß eine Stadtverwaltung so lange von einer Regelung der Verteilung absteht, als es ohne eine solche geht; man kann es aber nicht mehr verstehen, wenn es ohne eine solche Regelung nicht mehr geht. Und das ist bei verschiedenen Lebensmitteln seit Jahr und Tag schon der Fall,

wie wir wiederholt gezeigt haben. Es geht immer nur so lange ohne eine ordnende Regelung, wie die Ware in einem Maße angeboten werden kann, daß der Bedarf an ihr bequem gedeckt wird; sobald aber die Nachfrage das Angebot übersteigt, entpinnt sich wegen der Ware ein Kampf auf Tod und Leben, bei dem natürlich der Siegt, der am rücksichtslosesten gegen seine Mitmenschen vorgeht und seine Ellbogen am gewalttätigsten gegen sie spielen läßt oder der mit Hilfe von Familienmitgliedern oder anderer Hilfskräfte das Samstern betreibt. Solange es zum Beispiel Kohl und Rüben und Obst in Fülle gab, konnte ja jeder, der davon etwas haben wollte, nach verhältnismäßig kurzer Wartezeit etwas bekommen, seitdem aber Obst nur noch ganz selten feilgeboten wird, entpinnt sich nach ihm, wo es einmal auftaucht, eine geradezu lebensgefährliche Jagd. Noch schlimmer ist es bei Rüben und Gemüse, die ja als Nahrungsmittel mehr in Betracht kommen als Obst. In den Berliner Markthallen kommt etwa jede Woche ein- oder zweimal Kohl oder Rüben zur Verteilung. Wer eine Stunde vor der Eröffnung der Hallen am Platze ist, wird, wenn er schnell zu Fuß ist und die sonst so gewünschte Rücksichtnahme auf seine Mitmenschen außer acht läßt, etwas bekommen, vielleicht jedesmal, und sogar viel, wenn er Personen an der Hand hat, die ihm beim „Erstehen“ und Zusammentragen helfen. Wer menschlicher verfährt und langsamer ist, wird aber jedesmal leer ausgehen. Und von allen diesen hört man den resignierten Ausspruch: „Es sollte sich nur niemand mehr wegen des Kohls anstellen, dann würde ihn der Magistrat an die privaten Händler verteilen müssen, und man hätte dann eher Aussicht, mal einen Kohlkopf zu erwischen.“ Und alle schimpfen auf den Magistrat, daß es einen Stein erbarmen könnte, — doch den Magistrat erbarmt es nicht, daß die Sachen nicht, wie in den Nachbarkorten schon vielfach, auf Lebensmittelkarte derart abgegeben werden, daß jeder einmal an die Reihe käme und das Samstern ausgeschlossen wäre. Immer hört man wieder: „Die oben haben zu essen, und wir können sehen, wie wir zurecht kommen.“ Es sind bittere Vorwürfe, die dem Berliner Magistrat da gemacht werden — nicht erst seit heute und gestern, sondern seit Jahr und Tag. Doch der Berliner Magistrat bleibt unbelehrbar, auch den Mahnungen der Stadtverordneten gegenüber. Wir finden das Verhalten des Berliner Magistrats höchst „burgfriedensstörend“; es bringt die Gemüter der Bevölkerung derart auf, daß sie sich leicht zu Ungehörigkeiten verleiten lassen kann. Die Opfer des unbegreiflichen Verhaltens des Magistrats wandern dann in die Gefängnisse, und die wahren Schuldigen gehen straffrei aus. Auch kriegsverlängernd kann das Verhalten des Berliner Magistrats wirken. Wenn der Feind die Vorgänge in den Markthallen beobachtet, muß er zu der falschen Meinung kommen, wir seien in der Lebensmittelversorgung am Ende, und er wird auf unseren gänzlichen Zusammenbruch in der Ernährungsfrage hoffen. Es handelt sich aber doch nur um Mängel in der Verteilung, die sehr leicht abgestellt werden könnten. Unter solchen Umständen möchte man die Frage aufwerfen, ob denn die militärische Gewalt, die es fertig gebracht hat, jeden Hausbewohner von 14—60 Jahren zum Schneeschippen zu befehlen für den Fall, daß es zu Schnee kommt, nicht den Berliner Magistrat veranlassen kann, dafür zu sorgen, daß die Zusammenrottungen vor und in den Markthallen und die häßlichen Kampfzügen um ein Pfund Mohrrüben oder einen Kohlkopf dajelbst aufhören, da sie doch dem Feinde ein ganz entstelltes Bild von unseren Ernährungsverhältnissen geben. Was wir hinsichtlich des Gemütes verlangen, verlangen wir natürlich auch hinsichtlich der Fische und Mäckerwaren, um die sich dieselben Kämpfe abspielen, nicht nur in den Markthallen, sondern auch vor und in den Privatgeschäften. Ser mit der Lebensmittelkarte und der gerechten Verteilung aller Waren nach derselben, die nur in beschränktem Maße auf den Markt gebracht werden können! Nur so kann allen Einwohnern eine leidliche Ernährung gesichert werden, nur so das ärmere Volk vor Verzweiflungsaussbrüchen bewahrt werden.

Berichte aus Fachkreisen.

Buchholz-Annaberg und Umgegend. Alfred Kochiroh, 4. erlag am 2. November seinem langjährigen Leiden. Er war viele Jahre im Vorstand unserer Ortsverwaltung tätig. Fast bei jeder Agitation war er mit auf dem Posten. Trotz seiner jahrelangen Krankheit betätigte er sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung. Wie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Crimmitschau. Wie allgemein bekannt sein dürfte, kam zu Pfingsten dieses Jahres auf Veranlassung der Arbeiterschaft zwischen der Kriegsamstelle zu Leipzig und dem Vorstand des hiesigen Spinner- und Fabrikantenvereins eine Vereinbarung zustande, in welcher festgelegt wurde, daß vom 26. Mai d. J. an an jedem Arbeiter und an jeder Arbeiterin eine Teuerungszulage gezahlt werden sollte, welche in der Höhe von 5, 7 und 9 Mk. allwöchentlich zur Auszahlung kommen sollte. Einige Fälle in dieser Auszahlung gaben am Anfang Anlaß zu Bespödnissen, dann konnten lange Zeit hindurch Einwendungen in dieser Sache nicht erhoben werden. Die Fabrikanten hatten sich vorbehalten, daß, wenn die Arbeiter aus eigenem Verschulden die Arbeit veräumen, dann der Arbeitgeber berechtigt sein sollte, die Teuerungszulage entsprechend zu kürzen. Gegen diese Vorbehalte ließ sich ein rechtlicher Einwand nicht begründen. Mit der Zeit scheint aber die Auszahlung dieser Teuerungszulage den Arbeitgebern etwas langweilig geworden zu sein. Denn in der letzten Vergangenheit kamen wieder aus einigen Betrieben Klagen von den Arbeitern an uns. Die Kriegsamstelle Leipzig, welche auf Grund dieser Klagen angerufen wurde, konnte keinen Grund zum Einschreiten für die Arbeiter finden. Einmal betraf die Nichtauszahlung der Teuerungszulage eine Lernende und ein andermal sollte der Unternehmer mit Verlust gearbeitet haben. Beide Fälle waren zu Pfingsten nicht mit in Erwägung gezogen worden. Der letztere Fall wird wohl noch eine Klärung finden. Das Reformationsfest hat nun die Fabrikanten wieder auf den Plan gerufen, um gegen die Teuerungszulage Sturm zu laufen. Am Zahlungstage der Zulage nach diesem christlichen Feste brachten die Fabrikanten diesen Feiertag teilweise in Abzug von der Teuerungszulage. Ein Teil zahlte dieselbe aus, brachte aber den Abzug bei der nächsten Auszahlung zur Ausführung. Hierbei wollen wir nicht unterlassen zu berichten, daß es auch einige Fabrikanten gibt, welche wußten, daß die Arbeiter am Reformationsfeste die Waren gerade so teuer bezahlen mußten wie an anderen Tagen. Diese haben auch einen Abzug nicht eintreten lassen. Kollege Adler hat die Sache wieder an das Kriegsamt berichtet. Die Antwort steht noch aus. Die Arbeiter erwarten einen für sie günstigen Bescheid. Denn sie hätten an diesem Tage gern gearbeitet, wenn der Feiertag auf einen Sonntag gefallen, oder wenn derselbe gar nicht eingeführt wäre. Denn für den Arbeiter bedeutet das Wort Feiertag durch den Verdienstausfall Hungertag. Die Arbeiter haben wieder einmal gesehen, daß die Fabrikanten ein „warmes Herz“ für sie haben und daß der Textilarbeiterverband die einzige Stelle ist, wo ihre

Interessen jederzeit gewahrt werden. Die Arbeiter müssen aber auch hieraus die Lehre ziehen, daß sie mit eiserner Energie an dem Errungenen festhalten müssen und daß sie es sich und ihren Nachkommen schuldig sind, das Errungene weiter auszubauen und zu vermehren. Sie haben auf ihrem Lebenswege nur eine Ware zu verkaufen; diese Ware ist ihre Arbeitskraft. Von der Bezahlung dieser Ware ist der Aufstieg und der Niedergang der Arbeiterschaft abhängig. Dem aufgeklärten Arbeiter ist es daher heilige Pflicht, sich mit seinen Klassengenossen zu einer großen Gemeinschaft zu verbinden, um seine und seiner Kinder Lage für die Zukunft sicherzustellen. Eine solche Gemeinschaft ist der Deutsche Textilarbeiterverband. Er wird jederzeit ein treuer Burgwart für die Rechte der Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen sein. Ihm die Treue zu bewahren und ihm als Mitglied beizutreten ist für jeden in der Textilindustrie Beschäftigten eine heilige Pflicht, welcher sich nur die Arbeiter entziehen können, die ihre Lage nicht begriffen haben. In wenigen Tagen wird die Erhöhung der Beiträge eintreten. Die Arbeiterschaft wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß sich die Zukunft vor große Aufgaben stellen wird, um uns als Menschen in schwerer Zeit behaupten zu können. Dazu werden große Mittel erforderlich sein. Wir hoffen daher, daß jedes Mitglied die Maßnahme des Verbandes, die Beiträge zu erhöhen, als ein Gebot der Notwendigkeit betrachtet und jederzeit beistimmt, neue Mitglieder für den Verband zu werben. Mit dieser Hoffnung blicken wir der Zukunft freudig entgegen. In der Vereinigung der Arbeiterschaft liegt Kraft und Freiheit, in der Vereinzelung derselben liegt Schwäche und Verzweiflung.

Frankenberg. Am 20. Oktober fand hier seit längerer Zeit wieder eine Filialversammlung statt. Nachdem der zweite Vorsitzende die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, gedachte er der seit der letzten Versammlung dem Weltkrieg zum Opfer gefallenen Kollegen, insbesondere des langjährigen Vorsitzenden der Filiale, Kollegen Paul Liebhaber. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Gefallenen durch Erheben von den Plätzen. Dann legte der Kassierer die Rechnung vom 2. und 3. Vierteljahr 1917 ab. Der Bestand unserer Lokalkasse ist jedes Vierteljahr geringer geworden. Um einem weiteren Rückgang zu begegnen, wird in der im Dezember stattfindenden Versammlung ein Antrag auf Einführung eines 5-Pfennig-Lokalbeitrags gestellt werden. Es wäre nur zu wünschen, daß die Kollegen und Kolleginnen vollständig in dieser Versammlung erschienen, damit hinterher das Schimpfen vermindert würde. Der jetzige schwache Besuch der Versammlungen zeugt übrigens leider von großer Interesslosigkeit. Die Verhältnisse sind aber doch, besonders in der Textilindustrie, wirklich nicht so rosig, daß man auf den Verband verzichten könnte. Selbst die Textilarbeitslosenfürsorge hätten wir ohne den Verband nicht. Hoffentlich sehen bald alle ein, wie notwendig der Verband ist und finden sich auch hier wie anderwärts zu ihm.

Reichenbach i. S. Arbeiterzirkulo. Am Sonnabend, den 10. November, kurz vor Mittagsschluß, verunglückte die 51-jährige Spinnerin M. bei der Firma J. Beutler dadurch, daß sie mit ihrem Kopf von dem laufenden Treibriemen eines Reizwolfs erfaßt und im Bestreben, den Kopf loszureißen, mit der rechten Hand in das Räderwerk geriet, welches ihr die Finger gänzlich zerquetschte. Das Gescheh gegen 12 Uhr und sie lag besinnungslos bis gegen 2 Uhr, worauf erst der Arzt zur Stelle war; mittels Krankenwagen wurde sie dann in der fünften Stunde ins Krankenhaus befördert. Der Mann der jetzt alleinlebende Frau arbeitet als Hilfsdienstpflichtiger an der Westfront, während zwei Söhne im Felde stehen, welche dieses Familienunglück schwer erschüttern wird. Der Betriebsinhaber ist derjenige, welcher der Arbeiterschaft in gegenwärtiger Ernährungsnotlage die 58stündige Arbeitswoche aufzotrohierte, ohne sich vorher mit dem Arbeiterschutz zu verständigen, wohl aber mit dem Stadtoberhaupt, um der Arbeiterschaft bei wenigem Verdienst die Textilarbeitslosenfürsorge zu verschließen, sofern die distrierte Arbeitszeit nicht ganz eingehalten wird. Dadurch sind vom 13. bis 22. Oktober einem Teil der Arbeiterschaft ein paar hundert Mark Unterstützung entzogen und die Existenzmöglichkeit derselben in Frage gestellt. Dieser Unglücksfall wird aber nun für die Firma ein unangenehmes Nachspiel bekommen, denn die Maschinen, insbesondere besagter Reizwolf, ist ohne jede Schutzvorrichtung gegen das Räderwerk und die Treibriemen in Betrieb. Auch sonstige Mängel sind in dieser Fabrikanlage (Schloß) schon seit Jahren von der Arbeiterschaft hervorgehoben worden, doch ist sie stets damit beschwichigt worden, daß dieser alte Bau nicht gesetzlich verpflichtet sei, wesentliche Veränderungen vorzunehmen. Das Innere der Arbeitsräume ist seit Jahren nicht geputzt, also nicht für besseres Tageslicht georgt worden, und große Treibriemen laufen ohne jeden Schutz über den Köpfen der Beschäftigten hinweg; der Speiseraum gleicht einem Schuppen, und die Abortanlagen sind nur bei trockener Witterung mit Hauspantinen zu erreichen.

Verbandsanzeigen.

<p>Bekanntmachungen.</p> <p>Vorstand.</p> <p>Sonntag, den 25. November, ist der 47. Wochenbeitrag fällig.</p> <p>Monatliche Arbeitslorenzählung.</p> <p>Für die Novemberzählung ist Stichtag: Sonnabend, der 24. November.</p> <p>Die Ortsverwaltungen wollen für pünktliche Berichterstattung sorgen. Der Vorstand.</p> <p>Adressenänderungen.</p> <p>Gau 11. Oppach. Der Kassierer ist zu streichen. Alle Sendungen an den Vorsitzenden G. Kern, Nr. 24.</p> <p>Ortsverwaltungen.</p> <p>Dresden. Den Mitgliedern der Gruppen Dresden, Meißen, Leuben, Plauenscher Grund und Mägeln-Seidenau zur Mitteilung, daß Anfang Dezember eine Bücherkontrolle stattfindet. Wir ersuchen darum, die Bücher in Ordnung zu bringen und zum Abholen für die Unterkassierer bereitzuhalten.</p> <p>Die Gesamtverwaltung.</p> <p>Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 24. November.</p> <p>Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit 0 versehenen Artikel Hermann Krübig, für alles andere Paul Bagener. — Druck: Vornat's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.</p>	<p>Totenliste.</p> <p>Gestorbene Mitglieder.</p> <p>Buchholz i. Erzgeb. Alfred Kochiroh.</p> <p>Chemnitz. Max Emil Gelfert, Kärereiarbeiter aus Hartbau, 42 J., Lungenentzündung. Friedrich Max Diener, Arbeiter, 51 J., Entkräftung.</p> <p>Crimmitschau. Frida Günther, 29 J.</p> <p>Delmenhorst. Martin Seifert, 72 J., Altersschwäche.</p> <p>Gera. Sophie Behold, Weberin, 61 J., Schlaganfall. Friedrich Felle, Weber, 72 J., Blasenleiden. Heinrich Höfer, Appreturarbeiter, 64 J., Darmleiden.</p> <p>Glauchau. Hermann Göpfert, Reinholdshain, 67 J., Nöhma. Paul Gröber, 84 J., Lungentub. Landesbut. Frida Seidel, Spinnerin, 19 J., Tschias.</p> <p>Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.</p> <p>Crimmitschau. (Berichtigung.) In voriger Nummer muß es richtig heißen: Emil Liebhold. Max Diener.</p> <p>Göls. Leopold Horster, 23 J.</p> <p>Leipzig. Barthom Sommer, 26 J.</p> <p>Plauen i. S. Max Otto Linemann, Bleicher, 26 J. Max Alfred Kuerbach, Sticker, 26 J.</p> <p>Ehre ihrem Andenken!</p>
--	--

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.